



Senatsverwaltung für Inneres

Senatsverwaltung für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Per Telefax!
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Herrn Jens-Uwe Thomas
Georgenkirchstr. 69/70

10249 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

IB 3 - 0345/150

Bearbeiterin: Frau Rienitz

E-Mail: Anke.Rienitz@seninn.verwalt-berlin.de

Dienstgebäude: Berlin-Mitte

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Verkehrsverbindung U 2 Klosterstraße

Zimmer 2310

Telefon (0 30) 90 27-24 03

Telefax (0 30) 90 27-20 28

Vermittlung (0 30) 90 27-0

Intern (927)

Internet <http://www.berlin.de>

Datum 08.09.2005

Gep plante Aktionen gegen Abschiebungen am 09. September 2005/Verteilung von Flugblättern

Anlage

Sehr geehrter Herr Thomas,

mit Befremden habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Flüchtlingsrat Berlin e.V. in dem als Anlage beigefügten Flugblatt, in dem in radikaler Art und Weise gegen Abschiebungen polemisiert wird, als Unterstützer demonstrativer Aktionen gegen Abschiebungen genannt wird. Ziel der Aktionen ist offenbar der ‚Besuch‘ von Parteizentralen in Berlin am 09. September 2005.

In Anbetracht der seit Jahren regelmäßig stattfindenden Gesprächsrunden bei Herrn Staatssekretär Freise mit Vertretern Ihres Vereins bin ich sehr verwundert, dass Sie diesem Flugblatt zufolge z.B. die These „Seit Jahrzehnten gehören Körperverletzung und Tod durch rassistische Angriffe der Polizei und Neonazis zum Alltag der MigrantInnen und Flüchtlinge in Deutschland“ (letzte Zeile linke Spalte) und den Satz „Wir haben es satt, ständig auch die unerträglichen Zustände, die Kontinuitäten des Kolonialismus aufweisen, hinzuweisen“ unterstützen. Nach meiner Kenntnis haben Sie und Ihre Kollegen und Kolleginnen in diesen Gesprächen - ungeachtet unterschiedlicher Positionen - im Einzelfall - bislang eine sachliche Auseinandersetzung auf dem schwierigen Gebiet der Ausländerpolitik und des Ausländerrechts bevorzugt. Auch in der Härtefallkommission hat sich das von Ihnen entsandte Mitglied bisher durch einen kooperativen und sachlichen Arbeitsstil ausgezeichnet, an dessen Aufrechterhaltung unser Haus im Sinne der Betroffenen starkes Interesse hat.

Flugblätter wie dieses machen unser aller - auch unser gemeinsames - Bemühen um sachliche Problemlösungen sehr viel schwieriger, da das Flugblatt in seiner Wortwahl und seinem Ductus staatlichen Entscheidungen, dem demokratisch zustande gekommene Gesetze zugrunde liegen, per se rassistisches und damit verfassungswidriges Vorgehen unterstellt. Diesem Vorwurf muss schon im Interesse der Beschäftigten, die Entscheidungen in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten treffen und/oder diese umsetzen, entschieden entgegen getreten werden.

In unserem Ressort wird derzeit geprüft, ob gegen die Verfasser des Flugblattes strafrechtlich vorgegangen werden sollte. Für Ihre Antwort, inwieweit der Flüchtlingsrat Berlin e.V. tatsächlich zu den Unterstützern des Flugblattes gehört, wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Dr. Vetter